

Lenin in Wuhan

„Lenins Denken im 21. Jahrhundert. Deutung und Wert“,
Tagung der Philosophischen Fakultät der Universität Wuhan,
20. bis 22. Oktober 2012, Wuhan

Lenin wird anders wahrgenommen in China, anders in Europa. Selbst in Russland gilt er heute weithin als Symbol einer abgeschlossenen, gescheiterten Epoche, einer Epoche, die nicht wiederkehren wird. Wozu, so bliebe zu fragen, braucht es dann in dem vor wirtschaftlicher Kraft nur so strotzenden China eigentlich noch dieses Mannes aus Russland? Denn immerhin lud die Philosophische Fakultät der Universität Wuhan im Oktober 2012 zu einer internationalen Tagung unter dem Titel „Lenins Denken im 21. Jahrhundert. Deutung und Wert“. Keine Frage, dass da recht unterschiedliche Sichtweisen aufeinander stießen. Da Lenins Denken in China nach wie vor Teil der Staatsideologie ist, waren die Beiträge der chinesischen Teilnehmer eher vorsichtig gehalten, übersprangen nicht Linien, die für die „westlichen“ Zuhörer eher als unsichtbare bezeichnet gehören. Wenn es um Schriften geht, so stand Lenins „Staat und Revolution“ aus dem Jahre 1917 dabei unübertroffen an der Spitze. Und süffisant wurde in Richtung der ausländischen Teilnehmer nicht nur einmal auf Slavoj Žižek verwiesen, der 2002 mit der Lenin-Anthologie „Revolution at the Gates. A Selection of Writings from February to October 1917“¹ einen Welterfolg erzielte. Stille Aufforderung an die Westler, dort gültige Linien zu überschreiten. Doch meinte man tatsächlich eher Lenin, nicht den Interpreten Žižek, der bei aller Ablehnung der so genannten realsozialistischen Welt dem Leninismus ja immerhin das Moment welthistorischer Größe zugesteht.

Die Teilnehmer aus Nordamerika, Europa und Australien teilten sich nun wieder in diejenigen, die Lenins Denken für ein noch immer nicht abgegoldenes Erbe und den Sozialismus für eine dem Kapitalismus grundsätzlich weit überlegene Gesellschaftsordnung hielten, und in jene, die Lenin weitgehend mit dem 20. Jahrhundert verschwinden sahen. Letztere bezogen sich auffallend häufig auf Rosa Luxemburg, wobei neben dem Gefängnismanuskript über die russische Revolution von 1918 auch die umfangreiche Schrift „Nationalitätenfrage und Autonomie“ (1908/09) eine Rolle spielte. In dieser bis heute unterschätzten Arbeit legte Rosa Luxemburg ihr Staatsverständnis dar, zeigte Grenzen und Möglichkeiten von bürgerlicher Demokratie und überhaupt bürgerlicher Gesellschaft, Dinge, die bei ihrer Bolschewiki-Kritik eine große Rolle spielten.

Alle drei Sichtweisen trafen sich zumindest an einem Punkt: Mit Lenins Wirken wurde eine revolutionäre Energie freigesetzt, die Weltbedeutung bekam. Für die meisten chinesischen Teilnehmer begann damit der Weg, der dann in den 1930er

¹ Vgl. Slavoj Žižek, Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin, Frankfurt/M. 2002.

Jahren mit dem langen Marsch in China seine Fortsetzung fand. Lenin als älterer Bruder von Mao, die Sowjetunion als älterer Bruder der Volksrepublik China – das wurde nicht nur einmal hervor gestrichen. Ähnlich die westlichen Leninanhänger, die allerdings mehr auf Allgemeingültigkeit zu zielen suchten, auf einen universalen, also weltweiten und noch immer vorhandenen Zug zum Sozialismus, der durch die Niederlage der Sowjetunion allenfalls aufgehalten, nicht aber gestoppt sei. Entsprechend wurde die gegenwärtige Entwicklung Chinas gelobt, wobei man häufig sich nicht einig wurde, ob die immer deutlicher werdende Öffnung Chinas im Globalisierungsprozess nun Zeichen von Stärke des Sozialismus oder aber doch Gefahr der kapitalistischen Aufweichung bisheriger Errungenschaften bedeute. Zu bemerken war jedenfalls, dass hier ausschließlich von außen und vorwiegend aus ideologischer Sicht auf das Riesenland geschaut wurde.

Bei den Kritikern Lenins gab es Versuche, Lenins seinerzeit erfolgreichen Weg als den Beginn eines nationalrevolutionären Prozesses zu verstehen, der sich ins Kostüm einer sozialistischen Revolution gezwängt habe, weil er im starken Maße antikapitalistisch ausgerichtet gewesen sei. Dieses Phänomen sei anschließend vielfach dort aufgetreten, wo Bauernmassen einen Großteil der Bevölkerung ausmachten und eine auf das städtische Industrieproletariat gestützte soziale Revolution weniger Aussicht auf Erfolg gehabt habe. Auch hier bieten sich verlockende Parallelen zwischen den revolutionären Prozessen in Russland und China an. Außerdem wäre das eine Möglichkeit, die Differenz zwischen Marx und Lenin schärfer zu kennzeichnen, ging doch ersterer fest von Weltrevolution und dem Industrieproletariat als Geschichtssubjekt aus. Lenins Weg aber mündete in die schicksalhafte Situation, den erklärten Sozialismus dann in einem Land aufbauen zu müssen.

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass Georg Lukács mit seinem unvollendeten Manuskript „Demokratisierung heute und morgen“ (1968) Erwähnung fand, in dem er an seinem Lebensende noch einmal versucht hatte, das Demokratieproblem als ein Schlüsselproblem des sowjetischen Modells prinzipiell als lösbar nachzuweisen. Die Fragestellungen in diesem Manuskript brachten seinen Autor wieder zurück auf jenen Punkt, an dem er 1921/22 in der Demokratiefrage Lenin folgte und Luxemburg für überwunden hielt.

Holger Politt

Neofaschismus und Krise

Gemeinsame Tagung der Marx-Engels-Stiftung mit der VVN-BdA NRW und der VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein,
3. November 2012, Siegen

Rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren am 3. November 2012 der Einladung der Marx-Engels-Stiftung und der Landesvereinigung NRW sowie der Kreisvereinigung Siegerland-Wittgenstein der VVN-BdA zur gemeinsa-

men Diskussion des Themas „Neofaschismus und Krise“ in Räumlichkeiten der Universität Siegen gefolgt. Die Tagung versuchte im Sinne eines Hinweises von Reinhard Opitz, wonach die Korrelation von Neofaschismus und Krise nicht einfach zu fassen sei, da „die faschistische Mobilisierung [...] im Interesse von [Z]ielen [erfolgt], die völlig außerhalb des Interessenhorizonts der Krisengeschädigten liegen und [...] daher auch keineswegs [...] auf diese Potentiale als Zieladressaten beschränkt“ ist¹, einen Kontrapunkt zu Allgemeinplätzen in der öffentlichen Diskussion, die die Krisengeschädigten selbst als Gefahr für die Demokratie konstruieren, zu setzen.

Das Einleitungsreferat mit dem Titel „Die Weltwirtschaftskrise und ihr faschismusfördernder Widerhall im bürgerlichen Parteienwesen der Weimarer Republik“ hielt *Manfred Weißbecker* (bis 1992 Professor für Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena). Er konzentrierte sich auf historische elitäre Krisenbewältigungsstrategien beim Übergang von Demokratie zu Faschismus, die er unter anderem anhand der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 2. Dezember 1929 darstellte. Als zentralen Befund hielt er fest, dass die Weltwirtschaftskrise den Weg der deutschen Faschisten an die Macht nicht verursacht, aber befördert habe. So forderten und förderten konservative Eliten schon vor Krisenbeginn einen wirtschaftlichen Großraum Deutschland, verbunden mit dem Abbau demokratischer Rechte sowie der Ausweitung der finanziellen Zuwendungen durch Unternehmer und entsprechende Verbände an reaktionäre Parteien. Den Faschismus charakterisierte Weißbecker als sowohl im Hinblick auf 1917 als auch auf 1789 konterrevolutionäre Bewegung, die trotz radikaler Demagogie niemals die Intention verfolgte die kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden, sondern selbst die aufklärerischen und humanistischen Ideale des Bürgertums aufzuheben versuchte. Dabei ging Weißbecker auch auf den Zustand des damaligen Massenbewusstseins ein, an welches die NSDAP anknüpfen konnte und das durch eine allgemeine Enttäuschung über den Ausgang des Ersten Weltkrieges, die Billigung von Gewalt als Folge von sozialer Not und eine Aversion gegen den Parlamentarismus geprägt war. Weißbecker gelangen viele Bezüge auf heutige antidemokratische Gefahren, die den bleibenden Wert seiner Ausführungen über die sich im Parteienwesen widerspiegelnden Rechts- und Konvergenztendenzen als Ausdruck von Kapitalinteressen unterstrichen.

Im Anschluss daran befasste sich *Phillip Becher* (Wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Siegen) mit „Triebkräften des Rechtspopulismus“. Rechtspopulismus sei, so Becher, eine Bewegung, die vermittels bestimmter Strukturen und Ideologeme Massenbasen für autoritäre, aber noch nicht faschistische Politik sammelt. Anhand von Beispielen zeigte Becher die Widersprüche zwischen dem sozialen Träger und der Massenbasis rechtspopulistischer Formationen auf. In der Debatte zu seinem Beitrag wurde vor allem die Verwendung

¹ Reinhard Opitz, Neofaschismus und Krise – Aspekte und Probleme ihres Zusammenhanges [1984], in: derselbe: Liberalismus – Faschismus – Integration. Edition in drei Bänden. Band II, Marburg 1999, S. 437-451, hier S. 449.

des Begriffs „Rechtsextremismus“ bemängelt, da dieser als ein Zugeständnis an extremismustheoretische Deutungen aufgefasst wurde.

Ulla Jelpke (innenpolitische Sprecherin der Linksfraction im Bundestag) referierte zu „Rechtsterrorismus und Demokratieabbau“, wobei sie einen historischen Längsschnitt der rechtsterroristischen Angriffspotentiale in der Bundesrepublik in den 1950er Jahren über die Wehrsportgruppen in den 1970er und 1980 Jahren bis hin zu den Morden der NSU-Terror-Zelle lieferte und auf zahlreiche Verbindungen von staatlichen Strukturen mit der gewaltbereiten und gewalttätigen extrem rechten Szene verweisen konnte. Jelpke sprach von einem taktischen Verhältnis, welches der bürgerliche Staat zum Neofaschismus einnehme. So rekurrierte sie auf die Funktion, die Neofaschisten als Straßenkampfreserve gegen die politische Linke erfüllten, aber auch auf die Möglichkeit durch Hinweis auf den (Rechts-)Terrorismus eine Ausweitung der Macht der Sicherheitsapparate zu erreichen.

Das Referat von *Jürgen Lloyd* (Mitglied im Vorstand der Marx-Engels-Stiftung) zum Thema „Querfront und Sozialismusedemagogie als Herausforderung für die antifaschistische Theorie und Praxis“ bildete gleichsam den Auftakt zur Abschlussdiskussion. Lloyd bediente sowohl eine historische und eher theoretische als auch eine tagesaktuelle und eher praktische Perspektive. Zunächst rückte er die Sozialdemagogie des erklärten „Antibolschewisten“ Eduard Stadtler und der von ihm mitbegründeten Zusammenhänge wie dem „Solidarier“-Verein und anderer sich als „Zwischenfront durch alle Klassen und Parteien“ positionierenden Organisationen in den Vordergrund. Nach einem Verweis auf die Beziehungen Stadtlers zu bestimmten Kapitalkreisen stellte Lloyd drei Ideologiemomente der Stadtlerschen Demagogie heraus: 1.) die Umdeutung des „Sozialismus“ zur Volksgemeinschaft, 2.) die Kritik an den Parteien als angeblich ärgsten Feinden realer Demokratie, 3.) die Zinskritik. Mit einem Erfahrungsbericht über die Schwierigkeiten von Bündnisarbeit in Krefeld schloss Jürgen Lloyd seine Ausführungen. Die sich an das Referat anschließende Diskussion wurde vor allem durch die Debatte um die Frage der wissenschaftlich-theoretischen Bestimmung des Faschismus und um die Möglichkeit von breiten Bündnissen gegen rechts bestimmt.

Phillip Becher/Mark Szau

Krieg und Frieden 1912-2012

Internationale wissenschaftliche Konferenz des Departements für Geschichte und des Seminars für Soziologie der Universität Basel, 22. bis 24. November 2012, Basel

Man hätte es kaum für möglich gehalten, dass im Zeitalter der (noch immer) massiven Rüstungsausgaben eine Universität eine umfangreiche antimilitaristische Konferenz auf die Beine stellt. Dies ist den Professoren *Bernhard Degen*, *Heiko Haumann*, *Ueli Mäder* und *Fritjof Benjamin Schenk* von der Uni-

versität Basel zum 100. Jahrestag des Friedenskongresses der Sozialistischen Internationale glänzend gelungen (<http://www.basel1912-2012.ch/der-kongress-von-1912.html>). Zur Einführung in die Konferenzthematik lag rechtzeitig vor der Tagung ein Aufsatzband vor: *Bernhard Degen* [u.a.] (Hrsg.): *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Christoph Merian Verlag Basel 2012.

Der Einladung der Veranstalter waren 57 vortragende WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachdisziplinen – hauptsächlich aus dem Gastgeberland Schweiz und aus Deutschland, aber auch aus England, Polen, Österreich, Südafrika, USA – und viele politisch und geschichtlich Interessierte gefolgt. Aus organisatorischen Gründen mussten die angemeldeten 54 Vorträge an den drei Konferenztagen in je vier parallel laufende Panels aufgeteilt werden, mit zusätzlich je einem Plenarvortrag am Beginn jeden Tages.

Als einer der 54 Vortragenden dieser Tagung (mein Thema: Revolutionäre Massenaktionen gegen den Krieg in Deutschland 1916 bis 1918) war ich von der Vielfalt und wissenschaftlichen Qualität der Konferenzbeiträge beeindruckt. Das Spektrum der Themen reichte u. a. von der historischen Betrachtung der Schweizer und internationalen Ebene, über die Entwicklung der Friedensbewegung zu verschiedenen Zeiten, die autonomen Friedensaktionen von Frauenorganisationen, die Friedensbewegung in Südafrika, den „Arabischen Frühling“, den personifizierten Friedensbestrebungen (z.B.: *Annelies Laschütz*, Berlin, über R. Luxemburg und K. Liebknecht; *Peter Huber*, Basel, über die französischen Delegierten des Kongresses von 1912), die zivilisatorischen Aspekte der II. Internationale (*Feliks Tych*, Warschau) bis zu vielfältigen aktuellen Aspekten (*Rebekka Ehret*, Luzern, über Krieg, soziale Ungleichheit in Sierra Leone; *Andreas Gross*, Zürich, über die friedenspolitischen Fehler und Möglichkeiten der EU). Bilanziert wurden darüber hinaus die katastrophalen Folgen des „Krieges gegen den Terror“: Zerrüttung des Völkerrechtes, Relativierung der Menschenrechte, Abbau der Freiheits- und Bürgerrechte, Verschärfung der Fremdenfeindlichkeit, Verlust an menschlichen und materiellen Ressourcen sowie an politischer Kultur.

Im 1. Plenarvortrag „Von der Antikriegsbewegung zur Friedensbewegung. Entwicklungsschritte im vergangenen Jahrhundert“ wies *Egbert Jahn* (Mannheim) auf die Spaltung der Antikriegsbewegung bis 1914, in eine starke proletarische und in eine weitaus schwächere bürgerlich-aristokratische Strömung hin. Während es der Letzteren um einen Frieden unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen ging, habe sich die Arbeiterbewegung von der Überzeugung leiten lassen, dass ein dauerhafter Frieden erst in einer sozialistischen Gesellschaft möglich sei. Es müssten aber alle Anstrengungen unternommen werden, schon vorher den heraufziehenden großen Krieg unter allen Umständen zu verhindern. Der Kongress der Sozialistischen Internationale von 1912 und die Kundgebungen gegen den Krieg bis zum August 1914 seien die letzten massenhaften, wenngleich ohnmächtigen, Aktionen eines gemeinsamen sozialistischen Friedensstrebens gewesen, dann nach 1917 habe sich der kommunistische

Strang der internationalen Arbeiterbewegung in seinem Antikriegskampf der sowjetischen Außenpolitik untergeordnet, während die sozialdemokratische Strömung der Arbeiterbewegung sich mit der bürgerlichen Friedensbewegung verschmolzen und deren Ziele (wie z. B. Schaffung eines Völkerbundes, völkerrechtliche Ächtung des Angriffskrieges, Verhandlungen zur Abrüstung innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft) übernommen habe.

Im 2. Plenarvortrag „Hintergrund für den Kongress: Internationale Lage, Rüstungswettlauf und die steigende Kriegsgefahr“ führte *Stig Förster* (Bern) die Anwesenden anhand reichhaltigen Quellenmaterials anschaulich in die militaristische Denkweise der Elite des Deutschen Kaiserreichs, vor allem der Generalität, ein. Damit verdeutlichte Förster die Dringlichkeit von massiven Friedensaktionen. Allerdings führte in einem der Panels die Bemerkung von *Wolfgang Kruse* (Hagen, Deutschland) wieder in die historische Realität des Deutschen Kaiserreichs zurück: Die deutsche Generalität habe zu keinem Zeitpunkt die sozialdemokratischen Friedensbestrebungen als erstzunehmenden Faktor betrachtet.

Im 3. Plenarvortrag „Kriegsverhüten, damals und heute. Was hat uns der Basler Friedenskongress heute noch zu sagen?“ hob der Freiburger Friedensforscher *Wolfram Wette*, durch seine kritische Noske-Biografie vielen Historikern bekannt, sehr differenziert die Mentalitätsunterschiede zwischen 1912 und 2012 hervor, verhehlte jedoch nicht die aktuellen Defizite bei den Möglichkeiten der Kriegsverhütung.¹ Außerhalb des eigentlichen Programms fand am Nachmittag des letzten Konferenztages im voll besetzten Basler Münster eine wirkungsvolle Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Schweiz statt. Wie schon in vielen Referaten der Konferenz wurde von allen Rednern wie auch vom Hauptredner *Erhard Eppler* (SPD) die schreiende soziale Ungerechtigkeit sowohl in den reichen Industrienationen, in den sog. Schwellenländern wie in den Entwicklungsländern (sowie auch zwischen diesen Ländern) als eine Hauptursache für die Gefahr und das Entstehen bewaffneter Konflikte angeprangert. Am eindrucksvollsten sprach dies Kirchenratspräsident *Lukas Kundert* aus, der an prägnanten aktuellen Beispielen den Skandal von Unfrieden, Ungerechtigkeit, Verfolgung und Krieg verdeutlichte (Links zu den Texten der Referate: <http://www.sp-bs.ch/?q=content/100-jahre-friedenskongress-der-sozialistischen-internationale-0>).

Die Frage, ob in dem gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem (man denke nur an die Macht der Rüstungsindustrie und an die Rohstoffkriege) eine weitgehend von bewaffneten Großkonflikten freie Welt möglich sein könnte, wurde jedoch weder auf der wissenschaftlichen Konferenz noch auf der politischen Kundgebung im Münster aufgeworfen.

Ottokar Luban

¹ Die Veranstalter haben erfreulicherweise dank guter Öffentlichkeitsarbeit eine starke Außenwirkung in den Medien erzielt (<http://basel1912-2012.ch/pressespiegel.html>).

Kybernetik, Informatik, Logik und Semiotik

Konferenz zum 100. Geburtstag von Georg Klaus, HTW Berlin, 7. bis 8. Dezember 2012, Berlin

Diese gemeinsame Tagung¹ der Leibniz-Sozietät, der Deutschen Gesellschaft für Kybernetik und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, konzipiert und vorbereitet auf das entschiedene Wirken von *Klaus Fuchs-Kittowski* hin, war Leben und Werk von Georg Klaus gewidmet, eines auch international anerkannten ostdeutschen Philosophen, Hochschullehrers und Akademie-mitglieds, der insbesondere das Ringen um kybernetische Ansätze in der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR in den 1960er Jahren maßgeblich mit prägte.

In *Michael Eckardt* hatte Fuchs-Kittowski einen rührigen und wendigen Koordinator gefunden, der nicht nur ein breites Spektrum von Klaus-Kennern und -Weggefährten zusammengebracht hatte, sondern auch die Herausgeber der *Zeitschrift für Semiotik* überzeugen konnte, in Band 33, Heft 3-4 eine Reihe von Tagungsbeiträgen zur fachlichen und historischen Einordnung von Georg Klaus zu publizieren, die zur Tagung selbst bereits in gedruckter Form vorlagen. Ein weiterer Protokollband soll 2013 im Trafoverlag erscheinen.

In der Biografie von Georg Klaus² konzentrieren sich viele für die Anfangszeit der DDR typische Momente, ohne deren Berücksichtigung ein angemessenes Verständnis des ersten staatlichen Sozialismusversuchs auf deutschem Boden nicht zu haben ist. Aus proletarischen Verhältnissen stammend beginnt Klaus Anfang der 1930er Jahre ein Studium der Mathematik, Physik und Philosophie in Erlangen. Faschismus und Krieg unterbrechen die Bildungsbiografie dieses talentierten jungen Mannes und aktiven Kommunisten auf brutale Weise. Nach „Untersuchungshaft, Gefängnisstrafe, Einzelhaft, Konzentrationslager, Studierverbot, Kriegseinsatz an der Ostfront mit schwerer Verwundung“ konnte er „erst 1947 sein Studium wieder aufnehmen, welches er 1948 an der Universität Jena mit der Promotion abschloss“³. Es griffe zu kurz, derartige „Blitzkarrieren“ allein in den Kontext einer „Sowjetisierung“ der ostdeutschen Philosophie zu stellen, denn eine solche Sicht verkennt die zähe autodidaktische Leistung einer Generation von Neulehrern, die ihrerseits für die nur wenige Jahre jüngere „Generation ABF“⁴ prägend war, und die sich in keiner Weise an irgendwelchen „klassischen“ Bildungsbiografien messen lassen.

¹ Mehr zum genauen Programm siehe <http://leipzig-netz.de/index.php5/HGG.2012-12-07>.

² Ausführlicher: Michael Eckhardt, Georg Klaus und die Semiotik, in: *Zeitschrift für Semiotik*, 33, Heft 3-4, 2011, S. 167-183.

³ Ebenda, S. 168.

⁴ Mehr dazu etwa in Rainer Thiels Autobiografie „Neugier – Liebe – Revolution“, Berlin 2010.

Aspekte des intellektuellen, eingreifenden und politischen Wirkens von Georg Klaus in der DDR prägten die Beiträge des ersten Tags der Konferenz, wobei neben der Kybernetik vor allem das „Philosophische Wörterbuch“⁵ sowie die erkenntnistheoretischen Arbeiten von Georg Klaus⁶ eine zentrale Rolle spielten. *Siegfried Wollgast* betonte in seinem Eingangs-Beitrag „Georg Klaus und die Geschichte der Philosophie“, dass „Philosophiegeschichte das Epizentrum der (neueren) Philosophie“ sei, wofür es eine Reihe von Gründen geben mag und etwa Hermann Ley (Berlin)⁷ oder Helmut Seidel (Leipzig)⁸ auch DDR-philosophisch in diesem Sinne tätig waren. Klaus' Schwerpunkte lagen, wie die weiteren Redner betonten, an anderer Stelle – den philosophischen Konsequenzen moderner naturwissenschaftlicher und technischer Entwicklungen. Dass damit vielfältige Spannungsverhältnisse⁹ gerade auch mit dem Inhaber des Lehrstuhls „Philosophische Fragen der Naturwissenschaften“ an der Berliner Humboldt-Universität verbunden waren, betonte nicht nur *Rainer Thiel* in seinem Beitrag.

Die Beiträge am Vormittag des zweiten Tags konzentrierten sich auf aktuelle Entwicklungen in Bereichen, die Georg Klaus bis zu seinem Tod im Jahre 1974 beschäftigt haben, und ließ die Visionarität vieler seiner Ansätze erahnen, die in Honeckers DDR bereits nach 1970 still beerdigt wurden.

Der Nachmittag des zweiten Tages war den Ambivalenzen des politischen Wirkens von Georg Klaus gewidmet, mit sehr beeindruckenden Beiträgen insbesondere von *Michael Eckardt* und *Manfred Bierwisch*.¹⁰ In der Diskussion dazu, vor und mit vielfältig gemischtem Publikum, alters- und herkunftsmäßig, spielten dann eher die eigenen Sichten auf jene Zeit die prägende Rolle. Besonders Manfred Bierwisch gelang es, in vorsichtigen Tönen die Lebensleistung von Georg Klaus in einer Gesamtschau zu würdigen, in der auch die traumatischen Erlebnisse der Nazi- und Kriegszeit angemessen Platz fanden.

Hans-Gert Graebe

⁵ Georg Klaus, Manfred Buhr (Hrsg.), *Philosophisches Wörterbuch*. Leipzig 1964. Seit 1970 zweibändig, weitgehend jährlich überarbeitete und erweiterte Neuauflagen bis zum Tod von Georg Klaus im Jahre 1974, danach weitere Auflagen. Anerkanntes Standardwerk in Ost wie West. Siehe auch [http://de.wikipedia.org/wiki/Philosophisches_Wörterbuch_\(Klaus-Buhr\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Philosophisches_Wörterbuch_(Klaus-Buhr)).

⁶ Dazu sehr kenntnisreich vor allem Hans-Christoph Rauh, Zur logisch-semiotischen Spezialisierung auf die Erkenntnistheorie bei Georg Klaus, in: *Zeitschrift für Semiotik*, 33, Heft 3-4, 2011, S. 287-307.

⁷ Siehe hierzu Wolfgang Förster, Zur „Geschichte der Aufklärung und des Atheismus“ von Hermann Ley, in: *Z* 81, März 2010, S. 98ff., und *Z* 82, Juni 2010, S. 108ff.

⁸ Siehe hierzu Helmut Seidels mehrbändige „Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie“, Berlin (und Köln) 1980, 1984, 1990, sowie der posthum herausgegebene vierte Band, Berlin 2010.

⁹ Siehe hierzu Thiels Autobiografie, a.a.O., insb. S. 135ff. und S. 154ff.

¹⁰ Beide Beiträge sind ebenfalls im genannten Band der *Zeitschrift für Semiotik* zu finden.

Wohnungspolitik

Wohnungspolitische Konferenz der LINKEN, 15. Dezember 2012, Göttingen

Jahre lang blieb die Wohnungspolitik vor allem dem kleinen Kreis der Fachleute aus Wohnungswirtschaft und Mieterverbänden überlassen. Das hat sich mittlerweile geändert: Die Wohnungspolitik ist zu einem Top-Thema geworden. Es vergeht kaum eine Woche ohne Schlagzeile auf einem der auflagenstarken Magazine oder Tageszeitungen. Auch der Bundesvorstand der LINKEN hat die Bedeutung des Themas erkannt und Anfang 2012 eine mieten- und wohnungspolitische Offensive beschlossen. Teil dieser Offensive war eine wohnungspolitische Konferenz „Damit Wohnen bezahlbar bleibt – Mieten deckeln, Sozialer Wohnungsbau jetzt!“, die am 15. Dezember 2012 in Göttingen stattfand.

Die Bedeutung, die DIE LINKE dem Thema beimisst, wurde durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden *Bernd Riexinger* unterstrichen. Er wies einleitend auf die Mietpreisexplosion und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum vor allem in den Wachstumsregionen hin und forderte eine grundlegende Neuausrichtung der Wohnungspolitik. Wichtige Elemente dieser linken Wohnungspolitik sollen ein verstärkter sozialer Wohnungsbau, das Verbot von Wohnungsvverkäufen an renditeorientierte Unternehmen und die Unterbindung horrender Mietsteigerungen bei Neuvermietung sein. Zudem kündigte er an, dass die Wohnungspolitik ein zentrales Thema des LINKEN Bundestagswahlkampfes sein werde.

Aus niedersächsischer Sicht wurden diese Ausführungen durch *Ursula Weisser-Roelle*, Spitzenkandidatin der LINKEN bei der niedersächsischen Landtagswahl am 20. Februar 2013, ergänzt.

DIE LINKE wollte nicht im eigenen Saft zu schmoren und hatte drei Gäste um Beiträge gebeten. *Elke Kahr* von der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) berichtete von der erfolgreichen Politik ihrer Partei in Graz, wo sie auch dank ihres wohnungspolitischen Profils bei den letzten Gemeinderatswahlen fast 20 Prozent der Stimmen erreicht hat. Markenzeichen der Grazer KPÖ sei ihr seit 1996 angebotener Mieternotruf. Hier werde ratsuchenden Mieter/innen bei Mietverträgen und Betriebskostenabrechnungen ebenso geholfen, wie bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen. Im Mittelpunkt der kommunistischen Wohnungspolitik in Graz stünden die Gemeindefwohnungen. Ihre Zahl soll nach den Vorstellungen der KPÖ durch ein Sonderwohnbauprogramm weiter erhöht und ältere Gemeindefhäuser saniert werden.

Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor Deutscher Mieterbund (DMB), kritisierte eingangs das kurz zuvor im Bundestag von CDU/CSU/FDP beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz, ein Gesetz, das – so Siebenkotten – zu drastischen Mietrechtsverschlechterungen führe. Zudem greife es die eigentlichen Probleme auf dem Wohnungsmarkt gar nicht auf: Es gebe zu wenig öffentliche Anstrengungen, wenigstens die aus der Sozialbindung fallenden Wohnungen zu ersetzen.

Doch er warnte auch, dass Neubau zwar erforderlich sei, allein aber nicht ausreiche. Erforderlich sei auch eine Wohnungsbestandspolitik im Interesse der Mieter/innen. Vor allem die jährlich umziehenden 11 Prozent der Haushalte müssten vor Mietpreiserhöhungen geschützt werden. Seine Forderung nach einer Begrenzung der Neuvertragsmiete fand auf der Konferenz viel Zustimmung.

Schließlich rief *Mike Nagler* vom Institut für Bauwirtschaft der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig das unrühmliche Dresdner Beispiel in Erinnerung und kritisierte den 2006 erfolgten Verkauf der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft an den Hedge-Fonds Fortress. Um solche Verkäufe zukünftig zu verhindern und den kommunalen Wohnungsbestand zu erhöhen, schlug er ein gesetzliches Verbot weiterer Verkäufe von öffentlichen Wohnungsbeständen an Finanzinvestoren, Private-Equity oder Hedge-Fonds und ein Programm zur (Re-)Kommunalisierung von Wohnungen vor.

Nachmittags schlossen sich Arbeitsgruppen zu den Themen sozialverträgliche Mieten, sozialer Wohnungsbau und zukunftsfähige Kommunen an.

Die von *Katrin Lompscher*, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus und Sprecherin der BAG Städtebau- und Wohnungspolitik der LINKEN, vorgetragene Ergebnisse der Arbeitsgruppe sozialverträgliche Mieten ging an einigen Punkten über die Positionen des DMB hinaus. So wurde eine Abschaffung der Modernisierungsumlage – und nicht nur deren Begrenzung auf 9 Prozent – gefordert. Unter den Teilnehmern/innen kontrovers diskutiert wurde der richtige Weg zur Begrenzung der Wohnkosten: Soll die Miete in Relation zum Einkommen festgesetzt werden – etwa auf 30 Prozent des Nettoeinkommens – oder durch eine generelle Mietpreisbegrenzung auf 4 bis 6 € pro m² Wohnfläche? Einigkeit bestand hingegen bei der Forderung, dass Mieterhöhungen in Folge einer energetischen Sanierung nur in Höhe der Energieeinsparung zulässig sein sollen. Eine solche Warmmietneutralität wird nur mit massiven staatlichen Zuschüssen zu verwirklichen sein.

Heidrun Bluhm, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, berichtete über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zum sozialen Wohnungsbau. Um das Ziel ausreichend großer auf Dauer mietpreis- und belegungsgebundener Wohnungsbestände zu erreichen, setzt DIE LINKE auf einen demokratisch regulierten Wohnungsbau in kommunaler Verantwortung, der über revolvingierende Fonds finanziert wird. DIE LINKE strebt hierzu den Aufbau eines wiederbelebten Sektors „neuer gemeinnütziger Wohnungsunternehmen“ an. Zur Finanzierung dieses gemeinnützigen Wohnungsbaus ist es erforderlich, dass der Bund sich auch über 2013 an der sozialen Wohnraumförderung beteiligt.

Tomas Grohé, ebenfalls Sprecher der BAG Städtebau- und Wohnungspolitik der LINKEN, berichtete, dass in der Arbeitsgruppe über zukunftsfähige Kommunen Verhinderung der Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen aus ihren angestammten Quartieren und die Forderung nach einer wirklich partizipativen Planungskultur im Mittelpunkt gestanden habe.

Insgesamt vermittelte diese Konferenz einen interessanten Einblick in die wohnungspolitische Debatte der LINKEN. Neben thematischen Einzelaspekten ist ein wichtiges Kennzeichen dieser Debatte, dass sich DIE LINKE um eine Wohnungspolitik aus der Sicht der Mieter/innen bemüht und der Mobilisierung der Mieter/innen große Bedeutung beimisst.

Es war aber auch nicht zu übersehen, dass es der LINKEN noch an einer geschlossenen wohnungspolitischen Alternativkonzeption fehlt. Die ausliegenden Kopien mit Auszügen aus dem erst kürzlich beschlossenen Grundsatzprogramms der LINKEN unterstrichen diesen Eindruck noch. Dort sind einige Ideen aufgeführt und ist allenfalls eine grobe Richtung erkennbar, in die DIE LINKE wohnungspolitisch gehen will. Diese Lücke wird sich kurzfristig durch ein Wahlprogramm nicht schließen lassen. Die gewachsene Aufmerksamkeit für das Thema Wohnen kann aber Anstoß und Rückenwind sein, eine solche wohnungspolitische Alternativkonzeption zu erarbeiten.

Dies wird nicht von der LINKEN allein zu leisten sein. Die Partei sollte deshalb die Chance nutzen, die Kompetenz ihrer parlamentarischen und außerparlamentarisch Wohnungspolitiker/innen in diesen Prozess einzubringen und das Gespräch mit den Mieterverbänden, Gewerkschaften, wohnungspolitischen Basisinitiativen und alternativen Bauprojekten suchen.

Hans Günter Bell

Leidenschaft der Kritik

Tagung zu „Perspektiven Kritischer Theorie“ an der Universität Gießen, 18. bis 19. Januar 2013, Gießen

Am 18. und 19. Januar veranstaltete die Uni Gießen in Gemeinschaft mit der GEW, dem BdWi, der RLS Hessen, der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) und den Asten der Unis Gießen, Marburg und Frankfurt eine Tagung „Leidenschaft der Kritik. Perspektiven Kritischer Theorie“. Laut Tagungsbeschreibung sollten „zentrale Themen zeitgenössischer kritischer Gesellschaftstheorie“ zur Diskussion gestellt werden. Die „Aktualität und Notwendigkeit der Konferenz“ habe „sich nicht nur aus den dramatischen Umbrüchen im Zuge der vielfältigen gesellschaftlichen Krisen der letzten Jahre“ ergeben, „sondern auch aus der Tatsache, dass kritisches, eingreifendes Denken keinen selbstverständlichen Ort im öffentlichen Diskurs hat.“

Sonja Buckel (Frankfurt am Main, Institut für Sozialforschung) referierte über „Intersektionale Kapitalismusanalyse“. Darunter versteht sie eine Analyse konkreter Politiken und ihrer intersektionalen Auswirkungen „vom Ausgangspunkt miteinander verwobener gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse“ (Kapital, Gender, 'Rasse', Neokolonialismus etc.). Das Kapitalverhältnis stehe im Mittelpunkt der Analyse, weil es alle anderen Herrschaftsver-

hältnisse überforme und als bürgerliche Produktionsweise jene überhaupt erst „als Herrschaftsverhältnisse sichtbar mache und einer relationalen Erklärung“ zuführe. Da das Kapital jedoch nicht als „expressive Totalität“ gedacht werden könne, könnten nicht alle Herrschaftsverhältnisse auf jenes „reduziert werden“, sondern bilden „teils seine historischen Voraussetzungen“.

In *Rahel Jaeggis* (Berlin, Professorin für Praktische Philosophie an der HU) Vortrag ging es um das komplementäre Defizit von Sozialphilosophie und Soziologie. Einerseits herrsche der „Normativismus“ vor, andererseits die „antinormativistische Verkürzung von Normen auf Machtmittel“. Die Soziologie müsse Kritik materialistisch ‘im Handgemenge’ verorten und Normen nicht beim Wort nehmen, sondern materialistisch-praxisphilosophisch als funktionale Elemente und Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung und der ihr immanenten (Werte-)Krise greifen.

Joachim Hirsch (Frankfurt/M., emer. Hochschullehrer) kritisierte die „Staatsleidenschaft der Linken“. Er benannte die Haltungen ‘der’ Linken im Wechsel der Zeit und stellte programmatische Forderungen: „Materialistische Staatskritik in emanzipatorischer Absicht“ müsse den Staat als Herrschaftsverhältnis erkennen und seine historisch-spezifischen „Formzwänge reflektieren“. Sich diesen „unkritisch anzukommodieren“ und sich praktisch „auf sie einzulassen, bedeute[t] das Gegenteil“. Damit sei keiner abstrakt-radikalen Staatskritik, „die im Mob endet“, oder einer Abstinenz notwendiger reformistischer Politik das Wort geredet. Eine freie Gesellschaft werde auch eine „zentrale politische Gewalt“ brauchen, nur eben keine von der verselbständigten Produktionsweise erzwungene (= ‘Staat’).

Roland Atzmüller (Linz, Assistenzprofessor am Institut für Soziologie der Universität) konstatierte in seiner an Poulantzas orientierten Krisenanalyse eine soziale und ideologische Krise des Kleinbürgertums. Die kontinuierliche Durchsetzung des Neoliberalismus führe zur Krise seines hegemonialen Projekts, was sich in der „Erosion der Mittelklasse“ ausdrücke. Die Veränderung der „Konstitutionsbedingungen des Kleinbürgertums“ (z.B. Kommodifizierung staatlicher Leistungen, Transformation zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus) äußere sich in verschärfter „Statusangst und Unsicherheit“, zunehmend „anti-staatlicher und pro-marktwirtschaftlicher Orientierung“ und einer Erschütterung des Glaubens an Leistungsgerechtigkeit, der durch „soziale Schließung gegenüber Migranten und Arbeitern“ zu retten versucht wird.

Andreas Niederberger (Frankfurt/M., Vertretungsprofessor für Praktische Philosophie an der Universität Duisburg-Essen) behandelte das Verhältnis von ‘transnationalem Konstitutionalismus’ (tnK) und emanzipativer Demokratie. Der tnK sei „informell“, beruhe „funktional auf Interessen“ und bestehe aus „fragmentierten und sich überlagernden Rechtsprinzipien“. Recht überhaupt sei Macht gegenüber relational autonom und real ambivalent: einerseits könne es Gewalt zur Willkür „entformalisieren“ (z.B. Patriot Act), andererseits bewirke es durch Formalisierung „Empowerment bisher Rechtsloser“. Für das Recht und den tnK spräche, dass „die Kontingenz der Möglichkeit, an eigener

und fremder Selbstbestimmung und Herrschaftsfreiheit mitzuwirken“, aufgehoben werde. Es gebe zwar „keinen notwendigen Zusammenhang zwischen Recht und Demokratie“, aber „ohne Verrechtlichung“ ließe „sich Demokratie im emanzipativen Sinne gar nicht realisieren.“ Buckel ergänzte, die ‚Ambivalenz‘ liege am ökonomisch formbestimmten Inhalt (Willensverhältnis der Warenhüter), der zur Verselbständigung der Rechtsform und deren Konkretisierung „in Hegemonieprozessen“ führe.

Christine Resch (Frankfurt/M., Privatdozentin am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse) zufolge liegt die Abwesenheit kritischer „Intellektueller in der Krise“ an der Unterrepräsentation kritischer Intellektueller in der medialen Öffentlichkeit. Das unterscheide die aktuelle Lage vom Fordismus (z.B. Adornos Rundfunkbeiträge). Aktuell habe die TINA-Formel uneingeschränkte Autorität und die neoliberale Politik kaum Legitimationsprobleme. Deshalb könne die Kulturindustrie weniger in die Pflicht genommen werden, kritische Stimmen zu berücksichtigen. „Die Macht der Drohung, Exklusion und Angst“ habe hegemoniale Integration abgelöst. Unter Bedingungen „repressiver Toleranz“ sei der Kritikinhalt zwar irrelevant gewesen, aber man habe wenigstens auf zukünftige Relevanz hoffen können. Heute habe „Flaschenpost aber keinen Sinn mehr.“ Buckel wandte ein, dass es im Fordismus nicht nur Hegemonie und Zwang, sondern auch materielle Zugeständnisse gab, was der entscheidende Unterschied zum Postfordismus sei. Hegemonie sei nie auf den Konsens Aller angewiesen.

Uwe Bittlingmayer (Freiburg, Professor am Institut für Soziologie der PH) ging ebenfalls von einem aktuellen Defizit kritischer Gesellschaftstheorie aus, jedoch vor dem Hintergrund der sogenannten ‚Wissengesellschaft‘. Diese sei eine „Anti-Bildungsgesellschaft“, in der Bildung einerseits zur Ware verkomme, andererseits zum Bildungskapital im Bourdieu’schen Sinne (nützliches „Wissen über das zufällige ‘So-sein-der-Dinge‘,.) und Herrschaftsinstrument. In „Distinktionspraxen“ werde Individuen durch das Bildungsbürgertum Bildung und Reflexionsfähigkeit zu- oder abgeschrieben. Wer z.B. Abitur hat, gelte als gebildet. Nach Adornos normativem und zugleich kritischem Begriff sei *Bildung* weder ein Kanon noch Selbstzweck, sondern die Bildung eines im Ansatz bei jedem vorhandenen kritischen Vermögens, „Mittel der Gesellschaftskritik“.

Manuela Bojadžijev (Berlin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Ethnologie der HU) sprach über „kritische Rassismusforschung“. Der auf dem Rassekonzept beruhende biologische Rassismus sei durch den modernen Kulturrassismus abgelöst worden. In diesem würde die „Menschheit nach Effizienzkriterien unterteilt“ und sozial bedingte „Eigenschaften, wie z.B. Intelligenz“, gleichzeitig „individualisiert und naturalisiert“, wozu die Inwertsetzung des Körpers, z.B. in der Pharmaindustrie, beitrage. In der Rassismustheorie wiederhole sich dagegen das „alte Problem der Geschlechterforschung“: die Unklarheit darüber, ob man die „Hierarchisierung oder die Unterschiede selbst abschaffen will“. Als Strategie kritischer Rassismusfor-

schung schlug sie vor, „rassistische Erzählungen“ auf einem vertrauteren Feld, z.B. der Ökonomie, und in dessen Begriffen zu rekonstruieren, um dann den ‘Rest-Rassismus’ besser zu erklären und zu kritisieren.

Das Schlusswort hatte *Alex Demirović* (Gießen/Basel, derzeit Gastprofessor an der Universität Gießen), der nach der Kritik nochmal „das Positive, die Utopie“ hervorheben wollte. Er verglich Joachim Hirsch und sich selbst mit Adorno und Horkheimer, der zu jenem einmal gesagt haben soll: „Teddy, uns fehlt das Positive.“ Es gehe ihm dabei jedoch nicht um die abstrakte Utopie einer konfliktfreien Gesellschaft. Man solle „nur die Aufgaben lösen, die sich einem geschichtlich stellen.“

Ingmar Gräf